

**Pressemitteilung 19.07.2021**

**Förderung für den kommunalen Straßenbau: Bessere Infrastruktur in Paderborn**

Die NRW-Koalition unterstützt die Kommunen in Nordrhein-Westfalen bei der Modernisierung ihrer Infrastruktur. Das Land kompensiert auch in diesem Jahr die vorherigen Bundesmittel vollständig aus dem Landeshaushalt. Dazu erklärt der Landtagsabgeordnete Daniel Sieveke:

„Ein gut ausgebautes Straßennetz mit den dazugehörigen Brücken stärkt unsere Infrastrukturen und die Qualität der Mobilität für die Menschen und Unternehmen hier in Nordrhein-Westfalen. Die Förderung der kommunalen Straßeninfrastruktur kommt allen in Paderborn zu Gute.

Deshalb freue ich mich, dass wir ebenfalls von dem Förderprogramm profitieren. Das Land beteiligt sich mit insgesamt 4.310.000 Euro an Vorhaben in der Stadt Paderborn. Die größte Förderung mit 3.670.000 Euro erhält der erste Bauabschnitt für den Neubau der Bahnhofsbrücke. Mit weiteren 440.000 Euro wird der Ausbau der Bahnhofstraße vom Almweg bis zur Pontanusstraße unterstützt. Auch die grundhafte Erneuerung des Brückenbauwerkes der K 38 über die Lippe bei Marienloh, wird mit 200.000 Euro gefördert. Die weiterhin hohen Fördersätze durch das Land entlasten die Kommunen und helfen, die Infrastruktur in Paderborn nachhaltig zu verbessern“, so Daniel Sieveke.

**Hintergrund:**

Das Programm zur Förderung des kommunalen Straßenbaus 2021 wurde jetzt dem Landtag vorgelegt. Es enthält 121 Vorhaben. Bei zuwendungsfähigen Kosten von 178,26 Millionen Euro ergibt sich eine Gesamtzusendung des Landes in Höhe von 126,47 Millionen Euro.

Das Land übernimmt seit 2019 mindestens 70 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten von Maßnahmen. Die für die Maßnahmen des diesjährigen Förderprogrammes geltenden Fördersätze betragen zwischen 70 und 80 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben und liegen damit auf einem unverändert hohen Niveau.

Voraussetzung für die Aufnahme einer Maßnahme in das Programm ist, dass die Baureife gegeben ist und die Regionalräte und die Verbandsversammlung des Regionalverbands Ruhr der fünf Bezirksregierungen die erforderlichen Beschlussfassungen herbeigeführt haben.